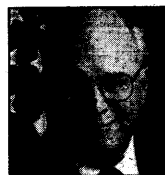


HINTERGRUND

Politiker und ihr schwaches Herz



Herzerkrankungen haben im Weißen Haus fast schon Tradition. Da ist US-Vizepräsident Dick Cheney einer von vielen.

3

GESUNDHEITSPOLITIK

Mehr Prävention

Die Kassen wollen mehr Präventionsangebote offerieren. Profitieren sollen vor allem sozial Benachteiligte.

6

Gute Noten für Weiterbilder

84 Prozent der Berliner Assistenten haben kaum Probleme mit ihrem Weiterbilder, aber es gibt Ausnahmen.

8

MEDIZIN

Syphilis-Rate stark gestiegen

In Hamburg werden heutzutage deutlich weniger Kondome benutzt als noch vor einigen Jahren.

4

WIRTSCHAFT

Nachfolger dringend gesucht!

Auch gutgehende Praxen sind oft nicht zu verkaufen. Die mangelnde Planbarkeit des Umsatzes hält junge Ärzte ab.

12

Ärzte müssen aufklären

Ärzte müssen Patienten über mögliche Kürzungen bei der GKV-Kostenerstattung informieren.

13

KULTUR UND GESELLSCHAFT

Erst um neun Uhr in die Schule!

Der frühe Schulbeginn entspricht nicht dem biologischen Rhythmus der Kinder, so der Schlafforscher Jürgen Zulley.

16

SEITENBLICK

Koalition versucht, im Streit um Stammzellen Zeit zu gewinnen

SPD und Grüne lehnen aber Importstopp für Zellen ab

BERLIN (vo). In den Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gibt es noch keine einheitliche Haltung darüber, ob embryonale Stammzellen (ES-Zellen) nach Deutschland eingeführt und an ihnen Forschungen betrieben werden dürfen.

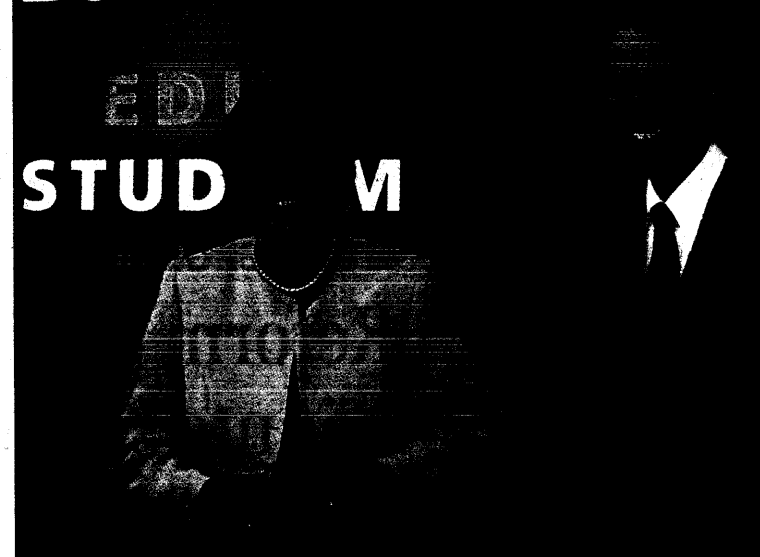
Bei einer Klausur der Koalitionsspitzen am Montagabend wurde der Streit lediglich vertagt. Die Fraktionsführungen einigten sich, die Entscheidung bis in den Herbst dieses Jahres hinauszuschieben. Die Koalitionsfraktionen wollen sich erst festlegen, wenn der nationale Ethikrat und die zuständige Enquetekommission entschieden haben. Allerdings haben sie sich damit in eine schwierige politische Lage manövriert: Die Unionsfraktion hat einen Antrag im Bundestag eingebracht, der den Import embryonaler Stammzellen verbieten soll, bis der Deutsche Bundestag eine endgültige Entscheidung getroffen hat.

Dieser Antrag wird morgen im Parlament beraten. Die Regierungskoalition wird die Forderung der Union ablehnen und plädiert für eine Vertagung der Entscheidung. Peter Struck, SPD-Fraktionsvorsitzender: „Wir fordern die CDU/CSU auf, ihren Antrag zurückzuziehen, damit Zeit für weitere Beratungen gewonnen wird.“

Die Medizinische Universität Lübeck hat unterdessen zugegeben, daß der Herzspezialist Wolfgang Franz ES-Zellen in den USA bestellt und erhalten hat. Da Franz als Oberarzt zum Münchener Großklinikum Großhadern gegangen ist, lagern die Stammzellen noch in Lübeck. Franz will erst nach Klärung der politischen Fragen einen Antrag bei der Ethikkommission seiner Universität stellen, Herzmuskelzellen züchten zu dürfen. Eine zweite Lieferung von ES-Zellen aus den USA ging laut „Süddeutscher Zeitung“ an die Universität Köln.

Siehe auch Kommentar Seite 2

ZUKUNFT



Zuversicht bei Ulla Schmidt und Jörg-Dietrich Hoppe: Die Approbation der Ärzte soll bald geändert werden. Foto: ...

Ulla Schmidt will Weichen stellen

BERLIN (rv/br). In den nächsten zwölf Monaten werden die Weichen für eine grundlegende Reform des Medizinstudiums gestellt. Das hat Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) in Berlin angekündigt.

Die praktische Ausbildung am Patienten werde künftig von Anfang an Schwer- und Mittelpunkt der Ausbildung sein. „Mit Zwischenlösungen können wir uns

nicht länger abfinden“, unterstrich die Ministerin auf einer Veranstaltung zur Zukunft des Medizinstudiums in Berlin, der das Bundesgesundheitsministerium und die Bundesärztekammer eingeladen hatten.

Die Frage, wie die Zahl der Studenten gesenkt werden kann, dürfe die Zukunftsentscheidung nicht länger versperren, sagte Schmidt. Siehe auch Seite ...

Zuerst wird der Arthrose-Schmerz gelindert

Langfristig soll aber auch der Umbau des Knorpels gebremst werden

NEU-ISENBURG (eb). Werden Patienten mit Arthrose behandelt, steht die Schmerzlinderung

ke sind auf lange Sicht Ziele der Therapie. Der Knorpelumbau kann durch orales Glucosamin

Gemeinsam gegen Betrüger

MAINZ (msc). Die vier rheinland-pfälzischen KVen und das Gesundheitsministerium werden

